

## Fusion der Energieversorger



"EnBW" als Produkt von Deregulierung und Liberalisierung in der Energiewirtschaft

*Stefan Jehle*

Vor der Liberalisierung des Strommarktes, erst von der EU in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre des vorigen Jahrhunderts durchgesetzt, konnten Deutschlands Stromkonzerne dank der Nähe zu Staat und Politik Quasi-Monopolrenditen erzielen. Nicht viel anders ist das freilich heute bei dem nach Privatisierung und Konzentration entstandenen Quartett der neuen bundesweiten Großversorger zu sehen: dabei die "EnBW", die „Energie Baden-Württemberg AG“.

Die Personalzahlen der EnBW, dem 1998 neu an den Start gegangenen Energieversorger in Karlsruhe, ähneln über viele Jahre hinweg einer Berg- und Talfahrt. Die EnBW, hervorgegangen aus der von Landkreisen getragenen Energieversorgung Schwaben (EVS; einstiger Hauptsitz Stuttgart), und dem zentralistisch organisierten Badenwerk (Karlsruhe), verdreifachte in kurzer Zeit die Zahl der Mitarbeiter. Ausgelöst hatte dies der um Wachstum bemühte erste Chef des gemeinsamen Konzerns, Gerhard Goll - einstmals Staatsrat und CDU-Politiker.

Unter dem direkten Nachfolger, dem EnBW-Vorstandsvorsitzenden Utz Claassen wurde nach 2003 der kurzzeitig auf 38.000 Mitarbeiter angewachsene Energiekonzern wieder auf seine Kernkompetenzen geschrumpft: im Strom- und Gassektor mit rund 12.000 Mitarbeitern. Heute steht sogar die eigentliche Basis des Stromhandels in Frage - mit Abschaltung je eines Kernkraft-Reaktors in Neckarwestheim (bei Heilbronn) und im nordbadischen Philippsburg.



Die von den ehemaligen Chefs des Badenwerk und der EVS, Gerhard Goll und Wilfried Steuer - auch er einstmals CDU-Politiker, in diesem Fall aus Oberschwaben - zu Jahresbeginn 1998 umgesetzte Fusion hat freilich auch Kehrseiten: die EnBW als mittlerweile drittgrößter Energiekonzern in Deutschland bietet weniger Service, mit deutlich abgespecktem Geschäftsstellennetz, heißt es. Bis heute nicht gänzlich zum Stillstand kommen auch Gerüchte über eine Verlagerung der Konzern-Holding mit rund 100 Mitarbeitern von Karlsruhe nach Stuttgart. 45 Prozent der Aktien gehörten nach 2005 über mehrere Jahre der "EdF" (Electricité de France) in Paris. 2005 war zugleich ein erstes Rekordjahr: Konzerngewinn über einer Milliarde Euro.

Doch der Reihe nach: mit dem Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes im April 1998 entfielen geschützte Versorgungsgebiete. Über die ehemaligen Gebietsgrenzen hinweg vermischen sich mittlerweile die Kundenstämme: selbst Erzeugereinheiten wie die Schluchseerwerke im Südschwarzwald sind längst nicht mehr in rein baden-württembergischer Hand - 50 Prozent gehören dort zur RWE. Zugleich verschwanden mit Deregulierung und Liberalisierung die Energieversorgungsunternehmen (EVU) alten Typs, die noch Stromerzeugung, Netzbetrieb und Verkauf unter einem Dach vereinte. Auch beim Handel mit Haushalts-

und Industriegas sorgte die Deregulierung für Bewegung.



Das frühere Badenwerk in Karlsruhe, wo sich heute der Hauptsitz der EnBW befindet, galt einst als Musterbeispiel für Stromwirtschaft in öffentlicher Regie. Als Baden nach dem zweiten Weltkrieg im neu gegründeten Südweststaat aufging, versorgte das Staatsunternehmen 65 Prozent der Fläche des ehemaligen Landesteils mit damals 744 Gemeinden, die in der großen Mehrzahl so genannte „B-Verträge“ hatten, also direkt vom Badenwerk beliefert wurden.

Das Prinzip "zu wachsen oder zu weichen" bildete freilich auch in der Energiewirtschaft die Grundlage für eine Vielzahl von Fusionen und nicht wieder erkennbaren Unternehmens- und Konzernstrukturen. Die Politik wurde regelrecht getrieben dazu; sie unterlag ökonomischen Handlungszwängen. 1997 fusionierten das 1921 gegründete Badenwerk und die 1939 entstandene Energieversorgung Schwaben (EVS) zur neuen Energie Baden-Württemberg AG (EnBW).

In Württemberg, außerhalb des Großraums Stuttgart, war man zuvor einen in Deutschland einzigartigen Sonderweg der Elektrizitätspolitik gegangen. Im Gegensatz zu Baden betrieb der württembergische Staat zu keinem Zeitpunkt eine nennenswerte eigene Elektrizitätswirtschaft. Die Politik zielte in erster Linie auf die Sicherung des Rahmens für eine dezentral organisierte, mehrheitlich kommunal verfasste Stromwirtschaft.

Die auf Druck der nationalsozialistischen Machthaber erst im Frühjahr 1939 entstandene EVS hatte über Jahrzehnte hinweg einen hauptsächlich aus kommunalen Gebietskörperschaften bestehenden Gesellschafterkreis. Noch heute ist der Zweckverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke (OEW) einer der zwei großen Anteilseigner der EnBW. Das hatte Folgewirkungen im Großraum Stuttgart.

Schon von Anfang an stand nach Fusion der Neckarwerke Esslingen und der Technischen Werke der Stadt Stuttgart AG (TWS) zu den neuen Neckarwerken Stuttgart (NWS) im Jahr 1996 auch deren - was in der Fusionsdebatte häufig untergeht - spätere Einbindung in das EnBW-Konglomerat zur Debatte: Im Endeffekt ging es um eine Zwei-plus-zwei-Lösung. Aber allein Badenwerk und EVS, noch ohne Neckarwerke und TWS, zählten jedoch bereits vor der Fusion im Jahr 1997 zu den neun großen Verbundunternehmen in Deutschland.

Das hatte jedoch die beiden großen EVU's im Land, Badenwerk und EVS, schon in den späten 1970er Jahren nicht daran gehindert, die beiden Kernkraftwerksblöcke in Philippsburg (Landkreis Karlsruhe) oder auch neue Hochspannungsleitungen, gemeinsam zu bauen. Wenn man so will, gab es zwischen den beiden großen EVU's damals schon "eine verschärfte Kooperation" (so wie ähnlich über lange Zeit bei den beiden früheren Rundfunksendern SDR und SWF). Beide Unternehmen, Badenwerk und EVS, führten 1992 erste Gespräche über eine mögliche Unternehmensfusion, die neue Gemeinschaft sollte, - Stichwort: "beitrittsoffen" -, auch anderen Energieversorgern im Land offen stehen.

Die Vorbehalte beim Badenwerk blieben noch einige Jahre bestehen. Sie gründeten in den tatsächlich sehr unterschiedlichen Unternehmenskulturen. Hier das in alter napoleonischer Tradition - und in Anlehnung an die preußische Landesverwaltung - zentral ausgerichtete Badenwerk, dort mit der EVS ein „von unten nach oben gewachsener“ Energieversorger, der von kommunalen Gebietskörperschaften dominiert wurde. An diesen Vorbehalten scheiterte der erste Fusionsversuch 1993.

Sowohl beim Badenwerk in Karlsruhe als auch bei der EVS in Stuttgart waren mit Amtsantritt von Gerhard Goll (1993) und Wilfried Steuer (1992) zwei CDU-Politiker in die vorderste Front der Energieversorger gerückt. Beide waren allzu offensichtlich Rivalen. Gerhard Goll, geboren 1942, hatte dabei noch gewisse Karriereaussichten, Wilfried Steuer, geboren 1933, also neun Jahre früher, musste entsprechend den Regeln spätestens 1998 abtreten. Wäre die Fusion 1993 geglückt, wäre Steuer nach einer zuvor schon getroffenen Vereinbarung Chef des neuen Unternehmens geworden und hätte ihm seinen Stempel aufdrücken können. Und der für rigide Atompolitik bekannte Steuer hätte diesen Erzeugerteil wohl noch weiter forciert.



Nach 1997 kam man dem Fusionsziel sehr bald näher: Nachdem der einstige Ministerpräsident Hans Filbinger

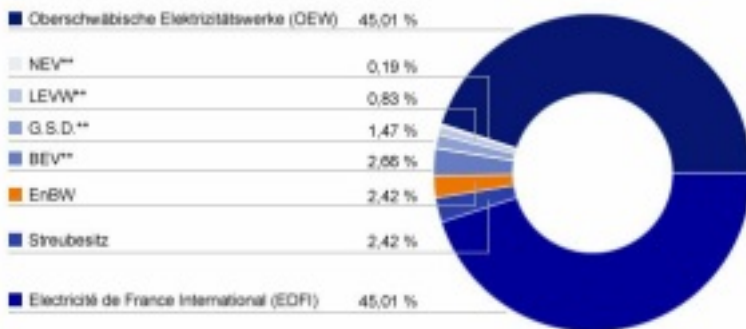
noch in den 1970er Jahren 25 Prozent der Badenwerksaktien privatisiert hatte, wollte Nachfolger Lothar Späth zu Beginn der 1980er Jahre weitere 25 Prozent kommunalisieren. Badische Kommunen kauften jedoch nur 15 Prozent der Anteile. Die Stadt Karlsruhe kaufte letztlich knapp fünf Prozent der Badenwerksaktien, später eingebracht in die 1994 gegründete Badische Gesellschaft zur Beteiligung am Badenwerk GmbH.

Mit Erlaubnis von Lothar Späth durfte die OEW das übrig gebliebene 10-Prozent-Paket kaufen, die breite Öffentlichkeit sollte nichts von der „feindlichen Übernahme“ erfahren. Im Lauf der Zeit kamen weitere acht Prozent Aktienanteile an den Badenwerken in Besitz der OEW-Beteiligungsgesellschaft - und damit der EVS.

Bei zeitgleich stattfindenden Aufsichtsratssitzungen von Badenwerk und EVS am 27. Februar 1997 wurde die Fusion der beiden Energieversorger im Grundsatz besiegelt. Das fusionierte Unternehmen sollte zum viert-, je nach Bemessungsart sogar drittgrößten Energieversorgungsunternehmen Deutschlands werden. Die Vorstände von Badenwerk und EVS unterzeichneten im Mai 1997 im Stuttgarter Finanzministerium den Vertrag über die Fusion beider Unternehmen zum Jahresbeginn 1998. Der Kraftwerks- und Verbundgesellschaft sollten sich später die Neckarwerke Esslingen und die Technischen Werke der Stadt Stuttgart (TWS), die bereits 1996 zu den Neckarwerken Stuttgart AG (NWS) fusionierten, anschließen.



Aktionärsstruktur\* der EnBW AG zum 8. April 2005



\* Werte auf zwei Kommastellen gerundet  
Grundkapital 250.006.200 Aktien

\*\* BEV = Badische Energieaktionärsvereinigung,  
G.S.D. = Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau,  
LEWV = Landeselektrizitätsverband Württemberg, NEV = Neckarelektrizitäts-Verein

Schon im Mai 1997 hatte die Landesregierung angekündigt, die Hälfte ihrer Beteiligungen an der neuen EnBW zu privatisieren, wenn die Fusion festere Formen angenommen haben würde. Gemeint war damit das Aktienpaket, das 2005 an die Electricité de France (EdF) verkauft wurde: das Paket, das einerseits den Landesanteil an den einstigen Badenwerken ausmachte - denn die EVS war ja überwiegend in kommunaler Hand - und das andererseits zum Jahreswechsel 2010/2011 für viel Furore sorgte. In einer Nacht- und-Nebelaktion hatte der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus dieses Paket aus Frankreich zurückgekauft, und damit wohl seine eigene Abwahl bei der Landtagswahl im Frühjahr 2011 besiegelt.

Ob mit oder ohne die zeitweilige Einbindung der Franzosen in das Unternehmensgeschehen, steht jedoch fest: ohne die Fusion gäbe es heute sehr wahrscheinlich keinen eigenständigen Energieversorger mehr mit Sitz im Land (siehe das Beispiel der einstigen Bayernwerke beim Nachbarn in München, die heute vom Düsseldorfer Konzern „E.on“ beherrscht werden). Doch nach dem -

zweifelsfrei umstrittenen - Rückkauf des EnBW-Aktienpakets aus Paris hat dafür die Landesregierung heute mehr denn je Möglichkeiten, Art und Gestalt der eigenen Energieversorgung selbst zu bestimmen.



### Kennzahlen zum Zeitpunkt der Fusion

	EnBW Badenwerk AG mit Sitz in Karlsruhe mit (acht Regional-Services)	EnBW Energie-Versorgung Schwaben AG Sitz in Stuttgart (sechs Betriebsverwaltungen)
Tarifikunden	827.000	ca. 1 Million, mittelbar 1,4 Mio
Leitungsnetz 110KV	2.500 km	3.400 km
Leitungsnetz 20kV/0,4 kV	40.000 km	45.000 km
Mitarbeiter	2.900	3.800
Eigene Stromerzeugung	nicht bekannt	16 GWh

Die Energieeigenerzeugung bzw. Energieabgabe der EnBW insgesamt lag 1998 bei 41,9 GWh (zum Vergleich 1998: RWE 129,7 GWh, Bayernwerk 39,7 GWh, PreussenElektra AG 61,4 GWh, VEW 33,4 GWh)

### Studie „Baden-Württemberg im Fusionsfieber“



Die 181 Seiten umfassende Studie „Baden-Württemberg im Fusionsfieber“ erschien am Institut für Regionalwissenschaft der Universität Karlsruhe, gefördert von der IHK Karlsruhe. Autor ist der Journalist und Dipl.-Verw. Wissenschaftler Stefan Jehle.

Weitere Informationen

Das Land	Die Menschen	Geschichte	Politisches Leben	Politikthemen	Literatur
Land	Menschen	Landesgeschichte	Politisches Leben	Politikthemen	Übersicht
Landeswappen	Bevölkerung	Historische Territorien	Verfassung	Bildung und Wissenschaft	Schriftenreihe der LpB
Landeshymnen	Religionen	Frühes 19. Jahrhundert	Wahlen	Gesellschaft und Soziales	Landeskunde
Regionen	Dialekte	Kaiserreich	Parteien		Landesgeschichte
Geographie	Traditionen und	Weimarer Republik	Landtag		Landespolitik

Denkmale  
Gedenkstätten  
Erinnerungsorte  
Ausflugstipps  
Stadtwikis  
Wege der  
Revolutionäre

Bräuche  
Küche  
Persönlichkeiten  
Hist. Persönlichkeiten

Nationalsozialismus  
Entstehung des Landes  
Vertriebene in BW  
Geschichte des  
Landtags  
Demokratische  
Traditionen  
Das Land wächst  
zusammen  
Geschichte des Klimas  
Besondere Themen

Landesregierung  
Kommunalpolitik  
Verwaltung  
Bund  
BW und die EU

Inneres  
Kunst und Kultur  
Landwirtschaft  
Medien  
Sport  
Tourismus  
Umweltpolitik  
Verkehr  
Wirtschaft

Kultur und Soziales  
Deutsche Geschichte  
Politik und  
Internationales  
Biographien  
Regionales  
Bildbände und  
Reiseführer  
Literatur und Sprache  
Krimis  
Links

Folgen Sie uns auf

